

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren Stadtverordnete, sehr verehrte interessierte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Presse.

Zahlen, die unsere derzeitige solide Finanzsituation wiedergeben, werden Sie heute Abend noch öfter hören. Aus unserer Sicht kommt es mehr darauf an, was man aus diesen Zahlen macht, ich erspare ihnen an dieser Stelle also eine Auflistung.

Bürgermeister Schmitz stellte zum Haushaltsentwurf fest, dass dieser für die Bürger keine unangenehmen Überraschungen biete. Es gebe keine Steuererhöhungen oder grundstücksbezogene Gebührenerhöhungen, keine Standardabsenkungen und kein Haushaltssicherungskonzept. Leider bietet der Haushaltsentwurf auch keine grundlegenden positiven Überraschungen.

Es fehlt an vielen Stellen der Mut zur Verbesserung.

Ein Beispiel sind hier die Kita Gebühren. Mit einem sehr einfachen Mittel, nämlich einer geringfügigen Erhöhung der Grundsteuer B, hätten die Eltern von vielen hunderten Euros Elternbeiträgen entlastet werden können.

Es ist schon sehr erschreckend, wenn dann in der politischen Diskussion ins Feld geführt wird, dass eine Grundsteuer B Erhöhung ja dann eben genau diese Eltern finanziell belasten würde. Ich kann mich hier nur wundern, für wie einfältig man unsere Bürger hält.

In Zahlen, gerechnet mit unseren eigenen Gebührenbescheiden, bedeutet das folgendes für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt:

Beispielhaft, ohne Erhöhung jährlich zu entrichtende Grundsteuer B, 141,47 €.

Mit einer Erhöhung, die den Fehlbetrag abdeckt, sind 144,09 € zu entrichten. Das macht in reellen Zahlen eine Steigerung von 2,62 € jährlich aus.

2,62 € im Jahr.

Nur zum Vergleich, für 2,62 € bekommen Sie heutzutage noch nicht mal ein Paket Windeln.

Dem gegenüber steht eine jährliche Entlastung von beispielsweise 971,66 €, in der Einkommensstufe bis 38.000 € bei 45 Stunden Betreuung in der Woche.

971,66 € im Jahr.

Extremer wird diese Ersparnis nur noch, wenn das zu betreuende Kind unter 2 Jahren ist. Dann sparen die Eltern 1952,18 € im Jahr.

1952,18 € im Jahr

Es kann mir doch hier bitte niemand versuchen ernsthaft zu erklären, dass wir damit die Eltern belastet hätten? Was ist denn bitte solidarischer und gerechter, als dass sich alle Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen junge Familien zu entlasten? Menschen die sich bewusst dafür entschieden haben, Kinder in die Welt zu setzen.

Und dann wird uns von politischen Trautänzern in den sozialen Medien vorgeworfen, die SPD hätte einen Antrag der Grünen zur Senkung der Kita Gebühren abgelehnt, von diesen alternativen Fakten wird man sicher gleich in der Haushaltsrede der Grünen noch etwas hören. Fairness erwarten wir von dieser Seite nicht mehr, aber eine realistische Darstellung, wo denn das Geld hätte herkommen sollen. Immer nur „wollen wollen wollen“ ohne konkrete Finanzierungsvorschläge und alle anderen als die „Buhmänner“ darstellen, erinnert an ein ungezogenes

Kind im Supermarkt, das von seinen Eltern keine Süßigkeiten bezahlt bekommt. Wir haben einen vernünftigen Vorschlag zur Finanzierung gemacht. Vielleicht gibt es auch andere, gehört haben wir keinen.

Meine Damen und Herren, die Kinder sind unsere Zukunft. Wir müssen damit aufhören eine Politik zu betreiben, die die Generationenfrage völlig ignoriert. Natürlich könnten wir weiter abwarten bis sich auf Landes- oder Bundesebene etwas tut – oder wir machen es einfach. Setzt ein Zeichen, dass es möglich ist. Es geht schließlich hier um die Menschen in unserer Stadt.

Eine Möglichkeit hat die SPD aufgezeigt.

Wir müssen die Menschen in unserer Stadt aber auch an anderer Stelle unterstützen. Nicht nur in der Fliegerhorstsiedlung Teveren droht den Menschen durch die Erhebung der Straßenbaubeiträge eine erheblich finanzielle Belastung. Davon sind alle Geilenkirchener Bürgerinnen und Bürger betroffen, deren Straße erneuert werden muss. Die Landes SPD ist mit einem Antrag am 14. November in Düsseldorf gescheitert, die Straßenbaubeiträge für Privatpersonen abzuschaffen. Schade, denn auch die Landesvereinigung der Mittelständler in der CDU hat sich gegen Straßenbaubeiträge ausgesprochen.

Nun gibt es zurzeit noch eine Petition, die dafür sorgt, dass sich der Landtag NRW erneut damit befassen muss.

Wir können uns in Geilenkirchen nicht über geltendes Recht hinweg setzen, das Kommunalabgabengesetz regelt in § 8 wie die Straßenbaubeiträge erhoben werden müssen. Es ist ein Irrglaube, dass die Stadt keine Straßenbaubeiträge erheben muss. Der aktuelle Gesetzestext lässt lediglich Spielraum in der Höhe der zu erhebenden

Beiträge zu. Von Seiten der Stadt werden grundsätzlich die geringsten zu veranschlagenden Gebühren erhoben, diese müssen aber leider erhoben werden. In diesem Punkt sind allen Ratsmitgliedern die Hände gebunden, selbst wenn wir wollten, und ich denke die meisten wollen, kann dies nur auf Landesebene geändert werden.

Wir sind der Meinung in Geilenkirchen bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Frage der Straßenbaubeiträge abschließend im Landtag geklärt ist, die Erhebung der Straßenbaubeiträge auszusetzen. Somit verschaffen wir allen Bürgerinnen und Bürgern Luft zum Atmen.

Für die Fliegerhorst Siedlung Teveren sollte zwingend hinzukommen, dass die Bürgerinnen und Bürger 4 Jahre Zeit bekommen, um für eine mögliche Erhebung der Straßenbaubeiträge ansparen zu können. Das wäre gerecht, denn alle anderen aktuellen Maßnahmen sind ebenfalls 4 Jahre vorher in den Haushalt der Stadt Geilenkirchen eingeplant worden. Wir müssen uns aber auch alle im Klaren darüber sein, dass die Abschaffung der Straßenbaubeiträge im Landtag erneut scheitern kann. Ich fordere die Stadtverordneten der CDU und FDP auf, an die Vernunft ihrer Landtagsabgeordneten zu appellieren. Niemand darf sein Eigentum verlieren, weil er Straßenbaubeiträge zahlen muss. Daher ist es schon sehr fatal, wenn hier von einigen Akteuren die Menschen nicht gleich behandelt werden. Ich erinnere an die Art und Weise wie von den Grünen der für 2021 geplante Ausbau in Grotenrath - Hinter den Höfen, unbedingt vorgezogen werden sollte.

Eins darf allerdings nicht passieren, es darf zu keinem Sanierungsstau in Geilenkirchen kommen. Die Alternative gar nichts zu tun und alles verfallen zu lassen gibt es nicht. So oder so werden wir an unserem Straßensanierungsprogramm festhalten müssen.

Hoffentlich in Zukunft sozialer und verträglicher für alle.

An einer sozialeren und gerechteren Zukunft haben wir als Fraktion auch im Jahr 2018 gearbeitet.

Die SPD hat mit ihrem Antrag dafür gesorgt, dass die Tagesmütter und Tagesväter aus Geilenkirchen einen Vertreter aus ihren Reihen als ständiges beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsenden können. Nun spiegelt sich die gesetzliche Anerkennung als gleichwertige Betreuungsform auch in der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen wider. Dass dies ein so harter Kampf gerade mit der Grünen Fraktion werden sollte, die ja stets das Wohl der Kinder und der Eltern im Blick hat, hätte zu Beginn des Jahres wohl niemand gedacht. Der Bürgermeister rief in seiner Haushaltsrede zu mehr demokratischem Verhalten auf, wir sind der Meinung es stünde einigen gut ins Gesicht geschrieben, den selbst eingeläuteten Kommunalwahlkampf 2020 nicht ständig effekthascherisch auf dem Wohle unserer Bürger auszutragen.

Uns liegt sehr viel an der baulichen und räumlichen Entwicklung unserer Stadt, einige Dinge müssen jetzt langfristig geplant und in kleinen Schritten angegangen werden. So vor allem auch die Überplanung des Wurmauenparks, damit dieser für alle Generationen wieder erlebenswert wird. Wir haben hier zu einen sehr ausführlichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, ein Konzept, einen Arbeitsentwurf von Seiten der Verwaltung gibt es bisher noch nicht. Der Bürgermeister spricht in seiner Haushaltsrede davon keine Luftschlösser zu bauen, wir finden ein aktuelles Stadtentwicklungskonzept ist kein Luftschloss. Niemand will alles sofort haben, wir müssen aber die Grundsteine legen, die Richtung bestimmen in die es gehen soll.

Dazu gehört aus unserer Sicht auch, den Verkehr in der Innenstadt und auf den Dörfern endlich anzupacken. Gefährliche Situationen, unnötiger

Rückstau. Auch hier haben wir, was die Innenstadt angeht, einen kleinen Vorschlag gemacht, der leider abgelehnt wurde. Der städtische öffentliche Parkplatz an der Konrad-Adenauer-Straße hätte durch Poller vom Parkplatz der Kreissparkasse getrennt werden sollen. Ein Abbiegen vom Kreissparkassenparkplatz Richtung Hünshoven wäre weiterhin erlaubt gewesen. Dies hätte den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt über die Konrad-Adenauer-Straße in Richtung Hünshoven unterbunden und zu einer notwendigen Entspannung der Situation an der Ampel Richtung Theodor-Heuss-Ring geführt.

Aber auch Durchgangsstraßen in Würm und in Lindern gehören angepackt. Die Straße Linderner Bahn wird im Volksmund schon Tunnel aus Stahl genannt. Hier kommt es immer wieder zu haarsträubenden Situationen für den Linienbusverkehr, Rettungskräfte, PKW und Fahrradfahrer. Oft sehen viele Verkehrsteilnehmer gar keine andere Möglichkeit als „blind“ drauflos zu fahren.

Wir wollen die Verwaltung nicht konstant mit Arbeitsaufträgen beschäftigen und von ihrer Kernarbeit abhalten, dafür sind andere Fraktionen da, aber hier muss dringend gehandelt werden. Geilenkirchen und seine Dörfer brauchen eine langfristige Entwicklungsperspektive.

Wir sehen ein, dass wir dafür qualifiziertes Personal brauchen.

Der Bürgermeister sagt selber in seiner Haushaltsrede: „Nur eine gut aufgestellte Verwaltung kann den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.“ Wo sind denn im Personalentwicklungskonzept die Stellen, die das Ordnungsamt dringend benötigt um beim Bürger wieder wahrgenommen zu werden? Wo sind die Stellen, die es ermöglichen einen attraktiven Hallenbadbetrieb am Wochenende für unsere Familien zu gewährleisten? Dafür nur höhere Dotierungen auf der Führungsebene. Ein Blick in den Gleichstellungsplan hätte sicherlich

auch nicht geschadet damit mehr Frauen in Führungspositionen kommen.

Wo ist ein Bürgermeister, der sich schützend vor seine Mitarbeiter stellt, wenn diese durch Anzeigen der Grünen Fraktion dazu getrieben werden, sich weg zu bewerben?

Ein guter Bürgermeister ist der Kopf einer gut aufgestellten Verwaltung.

Ein guter Bürgermeister enthält sich nicht seiner Stimme bei unangenehmen Entscheidungen, sondern bekennt klar Farbe, wo die Reise hin gehen soll.

In meiner Haushaltsrede 2017 habe ich verkündet, dass die SPD Geilenkirchen den interfraktionellen Gesprächen fernbleiben wird, da sie nur dazu dienen, einem führungsschwachen Bürgermeister die Möglichkeit zu geben, sich lediglich mit den Fraktionsvorsitzenden und nicht dem Rat auseinandersetzen zu müssen. Dafür haben wir hier in 2017 viel Applaus von Vertretern aller Fraktionen bekommen. Ich habe die anderen Fraktionsvorsitzenden aufgefordert, es uns gleich zu tun. Das ist leider nicht passiert. In 2018 haben etliche interfraktionelle Gespräche stattgefunden. Ein Boykott, der nur von uns kommt, ist sinnlos, da sich die SPD Geilenkirchen dadurch lediglich in ein Informationsdefizit begibt. Ein Informationsdefizit deshalb, da es von diesen Gesprächen keine Protokolle gibt.

Wir machen hiermit unsere Aussage aus 2017 rückgängig. Ich möchte allerdings ausdrücklich betonen, dass wir ein solches Hinterzimmer-System, das in keiner Gemeindeordnung vorgesehen ist, das am Rat und den Ausschüssen vorbei geht, immer noch für falsch halten.

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür ist das Bürgerhaus Teveren, das auf einmal im Haushalt eingestellt ist, obwohl über dessen Bau noch kein Gremium entschieden hat.

Da solche Dinge immer wieder hinten rum passieren, hat die SPD Fraktion beschlossen, die Kooperation mit der CDU zu beenden.

Wir werden aufpassen, dass in den interfraktionellen Gesprächen keine Entscheidungen getroffen werden und fordern die Verwaltung auf, ihrer Informationspflicht nachzukommen, alle Ratsmitglieder in einem Protokoll über die jeweiligen Inhalte zukünftiger interfraktioneller Gespräche zu informieren.

Natürlich darf die Beantwortung der wichtigsten Frage des heutigen Abends nicht fehlen, die SPD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu, auch wenn wir bei dem unausgewogenen Personalentwicklungskonzept Bauschmerzen haben und bedankt sich besonders bei Kämmerer Daniel Goertz für die hervorragende Arbeit, die dazu führt, die finanzielle Zukunft unserer Stadt auf solide Beine zu stellen.